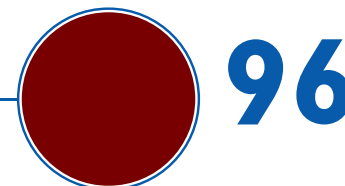


Schweiz



ZUSAMMENFASSUNG

1. Beteiligung der Industrie an der Entwicklung von Politischen Massnahmen

In der Schweiz gibt es keine Beschränkungen, die Akteure der Tabakindustrie daran hindern, Einfluss auf die Gesundheitspolitik zu nehmen. Parlamentarier vertreten offen die Interessen der Tabakindustrie, Lobbyisten haben direkten Zugang zu Bundesgebäuden und mit der Industrie verbundene Personen bekleiden einflussreiche politische Ämter. Die Industrie beteiligt sich zudem an offiziellen Konsultationen und informellen Prozessen und entwirft manchmal sogar politische Formulierungen, die von den Behörden übernommen werden. Auf diese Weise kann die Branche direkt Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen und Massnahmen zur Tabakkontrolle verwässern und unterbinden.

2. CSR-Aktivitäten der Industrie

Die Regierung unterstützt weiterhin von der Industrie initiierte Aktivitäten im Bereich der «sozialen Verantwortung von Unternehmen» (Corporate Social Responsibility, CSR) und beteiligt sich an diesen. Japan Tobacco International (JTI) arbeitet mit öffentlichen Kulturinstitutionen zusammen und das Bundesamt für Umwelt ist direkt an Aufräumaktionen zusammen mit der Tabakindustrie beteiligt. Diese Partnerschaften helfen der Tabakindustrie, ihr Image aufzupolieren und gleichzeitig ihren Einfluss zu sichern.

3. Vorteile für die Industrie

Die Regierung gewährt einheimischen Tabakbauern erhebliche Subventionen (40.000 CHF pro Hektar) und grosse Tabakunternehmen profitieren von undurchsichtigen Steuerregelungen. Öffentliche Pensionsfonds investieren trotz ethischer Bedenken und öffentlichen Drucks zur Veräusserung weiterhin in Tabakaktien.

4. Unnötige Interaktion

Hochrangige Beamte treffen sich regelmässig mit Tabakunternehmen bei gesellschaftlichen Anlässen und Lobbyveranstaltungen, von denen viele nicht öffentlich kommuniziert werden. Beispiele hierfür sind wiederkehrende Treffen hinter verschlossenen Türen zwischen der Regierung von Neuenburg und PMI sowie informelle Anlässe, die von mit der Industrie verbundenen Verbänden wie Economiesuisse oder KS/CS gesponsert werden. Die anhaltenden Interaktionen zwischen Regierungsbeamten und der Tabakindustrie fördern enge Beziehungen und normalisieren die Präsenz der Branche in politischen Netzwerken.

5. Transparenz

Es besteht keine Verpflichtung für Regierungsbeamte oder Parlamentarier, Treffen mit Tabakunternehmen proaktiv offenzulegen. Die Bestimmungen bezüglich Transparenz sind schwach, werden uneinheitlich angewendet und basieren weitgehend auf freiwilligen Selbstauskünften. Fehlende Transparenzaufgaben verschleiern somit die Beziehungen zwischen Regierung und Tabakindustrie und schaffen Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit, die nicht offengelegt wird.

6. Interessenkonflikt

Die Schweiz erlaubt Spenden der Tabakindustrie an politische Parteien und die Wahlkampffinanzierung mit nur minimaler Offenlegung. Im Jahr 2023 beteiligte sich PMI direkt an den Kampagnen der beiden Parteien SVP (Schweizerische Volkspartei) und FDP (FDP). Auch fehlt es an Schutzmassnahmen gegen die «Drehtür» zwischen Regierung und Industrie. Das Fehlen nationaler Regelungen, die solche Interessenkonflikte verhindern, ermöglicht komplexe und oft verborgene Verbindungen zwischen der Branche und der Schweizer Politik.

7. Mesures préventives

Die Schweiz hat keine spezifischen Schutzmassnahmen nach Artikel 5.3 umgesetzt. Es gibt keinen Verhaltenskodex für Beamte, keine Forderung nach Transparenz in der Tabakindustrie und keine Programme zur Sensibilisierung für die FCTC-Prinzipien in den Regierungsbehörden. Während einige Regeln es den Bundesbediensteten verbieten, Geschenke über 200 Franken anzunehmen, gelten diese nicht für den Gesetzgeber.

Empfehlungen

1. Umsetzung einer umfassenden nationalen Strategoe zur Eindämmung des Tabakkonsums, die sich an dem FCTC der WHO orientiert. Die Unterstützung von NGOs und Projekten, die die Ratifizierung des FCTC sicherstellen, wird von entscheidender Bedeutung sein, ebenso wie die kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft, den Organisationen des öffentlichen Gesundheitswesens und der Regierung.
2. Begrenzung der Interaktionen zwischen Parlaments- oder Regierungsmitgliedern oder der Verwaltung und der Tabakindustrie.
3. Durchsetzung einer transparenten Offenlegung aller Interaktionen von Regierung, Verwaltung und Parlamentsmitgliedern mit der Branche.
4. Abschaffung der wirtschaftlichen und steuerlichen Anreize für die Tabakindustrie.
5. Die Tabakindustrie so weit wie möglich von der Entwicklung der Gesundheits- und Umweltpolitik ausschliessen.
6. Ratifizierung des FCTC